

Einladung

Stadt Erlangen

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss

3. Sitzung • Mittwoch, 17.02.2010 • 16:00 Uhr • Ratssaal, Rathaus

Öffentliche Tagesordnung - 16:00 Uhr

Inhaltsverzeichnis
siehe letzte Seite(n)

1. Mitteilungen zur Kenntnis
2. Kommunales Integrationsprojekt (Nachfolge SPUTNIK)
Anträge zum Haushalt 2010 Nr. 303/2009 und 331/2009 der FDP-Fraktion "Nachfolgeprogramm SPUTNIK" 13/001/2010
Gutachten
3. Änderung und Ergänzung des Stellenplanes;
zurückgestellte Punkte aus der Sitzung HFGA 10.02.2010 112/007/2010
Gutachten
4. Mittelbereitstellung für Haushaltsstelle Nr. 252.402; Museumswinkel
Bauteil B Erdgeschoss, Um- und Ausbaumaßnahmen für das
Medizinische Archiv 242/017/2010
Gutachten
5. Erforderliche Brandschutzmaßnahmen zur weiteren Nutzung des
gesamten Gebäudes "Erba-Villa"; Fraktionsantrag 004/2010 der SPD 413/003/2010
Gutachten
6. Investitionsprogramm 2010
- Unterlagen werden nachgereicht. -
7. Nicht im HFGA am 10. und 11.2.2010 behandelte Tagesordnungspunkte
8. Anfragen

Ich darf Sie hiermit zu dieser Sitzung einladen.

Erlangen, den 10. Februar 2010

STADT ERLANGEN

gez. Dr. Siegfried Balleis
Oberbürgermeister

Falls Tagesordnungspunkte dieser Sitzung aus Zeitgründen auf den nächsten Termin verschoben werden müssen, bitten wir Sie, die entsprechenden Unterlagen aufzubewahren und erneut mitzubringen.

Die Sitzungsunterlagen können auch unter www.ratsinfo.erlangen.de abgerufen werden.

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM/13-4/KSA-2375

Verantwortliche/r:
Klein Silvia

Vorlagennummer:
13/001/2010

Kommunales Integrationsprojekt (Nachfolge SPUTNIK) Anträge zum Haushalt 2010 Nr. 303/2009 und 331/2009 der FDP-Fraktion "Nachfolgeprogramm SPUTNIK"

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	17.02.2010	Ö	Gutachten	
Stadtrat	25.02.2010	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

BM 2 Frau Dr. Preuß, BM Herr Lohwasser, OBM/ZV, II/20
Lenkungsreis Integration, Ausländer- und Integrationsbeirat

I. Antrag

Mit Bezug auf den einstimmigen StR-Beschluss vom 29.10.2009 beschließt der Stadtrat das vorliegende Kommunale Integrationsprogramm (in der Nachfolge der erfolgreichen Integrationsmaßnahmen der Projekte MIR und Sputnik) mit Start zum 01.06.2010.

Der erforderliche Zuschussbedarf von 01.06.2010 – 31.12.2010 in Höhe von 65.000,- € für Personal- Honorar- und Sachkosten werden dem Budget von Amt 13 zur Verfügung gestellt.

Ab dem Jahr 2011 ist ein jährlicher Zuschussbedarf in Höhe von 110.000,- € erforderlich und wird dem Budget von Amt 13 zur Verfügung gestellt.

Damit gelten die Anträge der FDP-Fraktion Nr. 303/2009 und 331/2009 „Nachfolgeprogramm Sputnik“ als bearbeitet.

Der Zuschuss des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge wird zum 01.06.2010 aus dem Budget des Amtes 13 gestrichen.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die Punkte 1 – 3 sind im beiliegenden Konzept ausführlich beschrieben.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€ bei IPNr.:
Sachkosten:	19.000,- € bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	46.000,- € bei Sachkonto:
Folgekosten	110.000,- € bei Sachkonto: (79.000,- € Personal - u 31.000,- € Sachkosten)
Korrespondierende Einnahmen	€ bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen	

Haushaltsmittel sind auf IPNr.: bzw. im Budget vorhanden!

Anlagen: Konzept für ein kommunales Integrationsprogramm (Nachfolge SPUTNIK)
 Beschluss des Stadtrates vom 29.10.2009 – Integrationsprojekt –
 Weichenstellung für die Nachfolge „Mir“ und „Sputnik“
 Antrag Nr. 303/2009 der FDP-Fraktion vom 01.12.2009
 Antrag Nr. 331/2009 der FDP-Fraktion vom 29.12.2009

III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 20.01.2010

Protokollvermerk:

Die Angelegenheit wird auf Antrag von Frau StRin Aßmus in die Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses am 10.2.2010 vertagt (einstimmig).

gez. Dr. Balleis
 Vorsitzende/r

gez. Schmitt
 Berichterstatter/in

Beratung im Gremium: Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 10.02.2010

Protokollvermerk:

Die Angelegenheit wird auf Vorschlag der Verwaltung in die Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses am 17.2.2010 vertagt.

gez. Lohwasser
 Vorsitzende/r

gez. Schmitt
 Berichterstatter/in

IV. Beschlusskontrolle

- V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
- VI. Zum Vorgang

Anlage Abstimmung zur Vorlage: 13/001/2010

Referat Amt
 13 BAK

Tel. Nr.:
09131/86- 2689

**Kommunales Integrationsprojekt (Nachfolge SPUTNIK)
Anträge zum Haushalt 2010 Nr. 303/2009 und 331/2009 der FDP-Fraktion
"Nachfolgeprogramm SPUTNIK"**

Abstimmung:

Gutachten des Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 17.02.2010
mit gegen Stimmen.

.....
Vorsitzender

.....
Berichterstatter

Beschluss des Stadtrat am 25.02.2010
mit gegen Stimmen.

.....
Vorsitzender

.....
Berichterstatter

Konzept für ein

Kommunales Integrationsprogramm (Nachfolge SPUTNIK)

Das Nachfolgeprojekt von SPUTNIK nimmt die gesammelten Erfahrungen der letzten sechs Jahre zur Grundlage für die **konzeptionelle Weiterentwicklung**. Dabei werden die erfolgreichen Bausteine fortgeführt und grundsätzlich für alle Schüler unabhängig von ihrer Herkunft geöffnet. Der zu erwartende Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Nachfolgeprojekt dürfte anhand der aktuellen Schülerzahlen voraussichtlich 50% betragen. Auch deutsche Kinder aus bildungsfernen schwierigen Verhältnissen bedürfen der Fördermaßnahmen. So dass es sich hier um eine soziale Integrationsmaßnahme handeln wird für Schülerinnen und Schüler unabhängig von ihrer ethnischen Herkunft.

Die beiden zentralen Säulen sind die **Fortführung des mehrsprachig betreuten Hausaufgaben-, Nachhilfe und Förderunterrichts** an drei Erlanger Schulen sowie der massive Ausbau von **Bildungspatenschaften** für Kinder und Jugendliche in der Übergangsphase Schule/Beruf. In beiden Bereichen ist **flankierende Elternarbeit** ebenso fester Bestandteil des Projekts wie der weitere Ausbau bereits bestehender Netzwerke.

Damit entsteht bei entsprechender Abstimmung aller Anbieter in Erlangen erstmals die Möglichkeit, zumindest für einen Teil der Kinder vom Eintritt in den Kindergarten über die Begleitung an ausgewählten Schulen bis zur Suche nach einem Ausbildungsplatz bei allen Übergängen **kontinuierliche Unterstützungs- bzw. Förderangebote** bereitzustellen.

Das Integrationsprogramm orientiert sich damit an den zentralen Zielen des **Erlanger Leitbildes für Integration** (Leitsätzen 1, 2, 7 und 8) und gleichzeitig an den Zielen der **Erlanger Bildungs-offensive** (Ziele 1- 6 und 8).

Als personelle Ausstattung sind **drei Teilzeitstellen á 19,5 Std./Woche** vorgesehen, eine halbe Stelle zum Aufbau und zur professioneller Begleitung des Förderunterrichts und den damit verbundenen Koordinierungs- und Steuerungsprozessen sowie zwei halbe Stellen zum Aufbau und zur Begleitung der Bildungspatenschaften. Für die drei Schulen ist ein Honorarkräfteschlüssel von jeweils drei Personen pro Hausaufgabengruppe vorgesehen.

Für die halbe Stelle zum Aufbau und zur professioneller Begleitung des Förderunterrichts ist Herr Till Fichtner, Historiker M.A., vorgesehen. Neben seiner 6-jährigen Dienstzeit als Projektleiter von MIR und SPUTNIK ist er mit einer Unterbrechung seit 2003 in der Geschäftsführung des Ausländer- und Integrationsbeirats tätig. Daneben kann er auf eine über 10-jährige Erfahrung in interkultureller Stadtteilarbeit und Pädagogik (Zivildienst und ehrenamtliche Tätigkeit bei der Angerinitiative) verweisen.

Die zwei halben Stellen zum Aufbau und zur Begleitung der Bildungspatenschaften sollen mit Frau Tanja Stark-Kantar, Diplom-Sozialpädagogin und Frau Swetlana Forr, Theater- und Medienwissenschaftlerin M.A./Zweifach Pädagogik besetzt werden. Frau Stark-Kantar ist seit 2007 im Projekt SPUTNIK tätig und war davor in der Migrationsberatung in Fürth tätig. Sie hat guten Zugang zur türkischsprachigen Bevölkerung. Frau Forr ist seit 2006 städtischen Mitarbeiterin und ist fest in der russischsprachigen Bevölkerung der Spätaussiedler verwurzelt und hat mehrjährige Erfahrungen in der Arbeit mit Ehrenamtlichen. Beide Mitarbeiterinnen haben die bisherigen Bildungspatenschaften im Rahmen des SPUTNIK-Projekts erfolgreich aufgebaut und professionell begleitet.

Baustein 1 / Hausaufgabenbetreuung / Nachhilfe- und Förderunterricht

Ausgangslage

In Deutschland verlassen jedes Schuljahr 80.000 Kinder die Schule ohne jeglichen Abschluss. Des Weiteren haben viele Schüler mit Hauptschulabschluss enorme Probleme, eine Lehrstelle zu finden. Dabei ist der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund an Hauptschulen überdurchschnittlich hoch. Eine bessere Qualifizierung der Hauptschulabgänger ist zwingend geboten, um einerseits dem bevorstehenden Fachkräftemangel entgegenzuwirken und andererseits die Chancen für Jugendliche sowie die Integration von Menschen mit Migrationshintergrund nachhaltig zu verbessern.

Auch wenn die Situation in Erlangen weniger dramatisch ist als in vielen deutschen Großstädten, so sind die Grundzüge der aktuellen Lage vergleichbar mit den gesamtdeutschen Entwicklungen. Sowohl die Schulstudie von Frau Seebaß als auch die im Rahmen des Integrationsmonitorings erhobenen Daten zeigen, dass auch in Erlangen gemessen am Bevölkerungsanteil Kinder mit Migrationshintergrund an Hauptschulen überdurchschnittlich stark vertreten sind und bei den Schulabschlüssen meist schlechter abschneiden als ihre „einheimischen“ Mitschüler.

(nach einer aktuellen Umfrage des kommunalen Sprachförderprojekts WI.L.D. im **Dez. 2009** haben die Schulleiter der Erlanger Grund- und Hauptschulen **478 Kinder und Jugendliche mit besonderem Förderbedarf** gemeldet / 4 Grundschulen und 1 Hauptschule noch ohne Rückmeldung)

Grundidee:

Ausgehend von den Erfahrungen des SPUTNIK-Projekts soll nach Rücksprache mit den betroffenen Schulleitern auch aus Gründen der Kontinuität an den drei bisherigen Erlanger Haupt- und Realschulen an mehreren Nachmittagen eine mehrsprachige Hausaufgabenbetreuung und Vertiefung des Lernstoffes im Sinne des ergänzenden Lernens und Übens angeboten werden. Dadurch sollen den Kindern höhere Chancengleichheit und bessere Integrationsmöglichkeiten in unser Schulsystem ermöglicht werden. Nach entsprechender Vorlaufzeit erfolgt je nach individueller Ausgangslage die Weitervermittlung in Bildungspatenschaften.

Der Nachhilfe- und Förderunterricht wird von zweisprachigen Lehrkräften erteilt, die in Zusammenarbeit mit der Teamleitung auch Kontakt zu den Eltern aufnehmen und mit den Kindern und Jugendlichen Förderpläne erarbeiten. Der Unterricht wird vor Ort an der Schule praktiziert und in Zusammenarbeit mit Schulleitung und Kollegium durch Feedbackprozesse laufend optimiert. Weitergehende Entwicklungen wie der Umbau der Hauptschulen zu Mittelschulen bzw. die zunehmende Ausweitung von Ganztagesangeboten werden zu Anpassungsprozessen führen, die derzeit noch nicht abschätzbar sind.

Zielgruppe

Kinder und Jugendliche aus den Jahrgangsstufen 5-10 unabhängig von ihrer Herkunft an Erlanger Mittelschulen sowie der Werner-von-Siemens-Realschule.

Die Auswahl der Kinder erfolgt durch die jeweilige Schulleitung in Rücksprache mit den Klassenlehrern. Die Teilnahme ist freiwillig.

Die Größe der Gruppe soll 25 Teilnehmer nicht überschreiten. Pro Gruppe sind jeweils drei feste Honorarkräfte vorgesehen, bisher tätige und künftige Ehrenamtliche können ergänzend in den Gruppen arbeiten.

Aufgaben / Anforderungen Honorarkräfte

Qualifikation:

- nach Möglichkeit abgeschlossenes oder noch laufendes Hochschulstudium in Deutschland oder im Herkunftsland;
- nach Möglichkeit Zweisprachigkeit und interkulturelle Kompetenz
- praktische Erfahrungen im pädagogischen Bereich v.a. in der Arbeit mit Jugendlichen

Aufgaben der Honorarkräfte:

- Organisation des Nachhilfe- und Förderunterrichts vor Ort
- Stärkung von sozialen Kompetenzen der Jugendlichen
- Kontaktpflege mit Lehrkräften und Teamleitung in Bezug auf Jugendliche und Eltern
- Kontaktpflege zu den Eltern, Brückenfunktion für die Schule
- Gemeinsamer Erfahrungsaustausch, Fortbildung, Weiterqualifizierung

Weiterqualifizierung:

In Zusammenarbeit mit dem städtischen Projekt WI.L.D bzw. der FAU Erlangen-Nürnberg / Frau Prof. Pommerin-Götze sollen die Honorarkräfte die Möglichkeit erhalten, sich im Rahmen des Integrationsprogramms weiterzuqualifizieren. Angedacht ist ein einjähriger Zertifikats-Lehrgang für das Studienfach „Didaktik des Deutschen als Zweitsprache“ (DidaZ).

Professionelle Steuerung/Begleitung

Die Erfahrungen des SPUTNIK-Projekts zeigen, dass die professionelle Begleitung der Arbeit des Nachhilfe- und Förderunterrichts zwingend erforderlich ist.

Dies beginnt bei der passgenauen Auswahl der Honorarkräfte und Ehrenamtlichen, deren regelmäßiger Begleitung und Reflektion in Teamsitzungen und Einzelgesprächen, Vermittlung in Konfliktfällen innerhalb des Team oder der Lerngruppe, Anbindung an das Lehrerkollegium und die Schulleitung, Vermittlung von Informationen und Zusammenhängen übergeordneter Strukturen, Entwicklung bzw. Vermittlung von Weiterqualifizierungsmaßnahmen für die Honorarkräfte, Kontakte zu Fachdiensten und Dienstleistern im Bereich Übergangsmanagement, Koordinierung, Steuerung und Anpassungsprozesse des Gesamtprogramms sowie dessen Vertretung in übergeordneten städtischen Gremien und Netzwerken.

Auch Form und Inhalte der Elternkontakte sowie die Vorbereitung und Durchführung von Elternveranstaltungen können nur in Zusammenarbeit mit hauptamtlichen Kräften erfolgreich und ziel führend durchgeführt werden.

Elternarbeit

Eltern spielen eine zentrale Rolle beim schulischen und beruflichen Erfolg ihrer Kinder. Ihr Einfluss welche Schule das Kind besucht, die schulischen Leistungen und die Entscheidung auf die Berufswahl darf nicht unterschätzt werden. Angesichts der Komplexität des deutschen Bildungs- und Ausbildungssystems sind gerade Eltern mit Migrationshintergrund ohne aktive Unterstützung ihrer Kinder in diesem Prozess oft überfordert, da u.a.:

- sie keine oder nur geringe Kenntnisse vom Schul- und Ausbildungssystem in Deutschland besitzen
- ihnen die erwünschte Mitsprache bzw. das unterstützende Mitwirken der Eltern in schulischen Belangen oft nicht bekannt ist
- sie Wert und Nutzen einer Berufsausbildung unterschätzen
- sie Fördermaßnahmen und staatliche Hilfen nicht kennen
- ihnen die Vielfalt der beruflichen Möglichkeiten und die entsprechenden Anforderungen nicht bewusst sind

Ziel der Elternarbeit ist es, eine vertrauensvolle Beziehung zur Schule, den Lehrern und anderen Experten herzustellen sowie Lösungen für bestehende Probleme einzelner Schüler/innen zu finden. Dabei ist eine mehrsprachige Betreuung durch Lehrkräfte die entscheidende Ausgangsvoraussetzung, um erste Einstiegskontakte zu vermitteln und zu vertiefen. Nach sechs Jahren Erfahrung in diesem Bereich ist klar geworden, dass es vor allem wegen der bestehenden Sprachbarrieren bzw. dem mangelnden Kulturverständnis äußerst schwer fällt, an die Eltern mit Migrations-

hintergrund heranzukommen. Elternabende, die durch unsere Lehrkräfte und Multiplikatoren vermittelt und mit organisiert werden, sollen helfen, diese Defizite wesentlich zu verbessern.

Zusammenarbeit mit den Schulen und Integrationsprojekten / Netzwerkarbeit

Wichtigste Rahmenbedingung für den Erfolg des Integrationsprogramms ist der Erhalt bzw. der Ausbau entstandener Netzwerke. Dies trifft in allererster Linie auf die Zusammenarbeit mit den beteiligten Schulen zu. Die in den vergangenen Jahren entstandene Vertrauensbasis sowie die bisherigen Erfolge des SPUTNIK-Projekts sollen entsprechend fortgeführt werden.

Deshalb werden die jeweiligen Schulleitungen bereits in die Planungen des Integrationsprogramms einbezogen, sie wählen die teilnehmenden Schülerinnen und Schüler aus und werden über alle laufenden Entwicklungen in Kenntnis gesetzt. Evtl. anstehende Änderungen am Konzept erfolgen nur in Abstimmung bzw. Rücksprache mit den Schulen.

Ebenso bedeutsam ist eine Abstimmung und Vernetzung mit weiteren Integrationsangeboten im Stadtgebiet, insbesondere mit Fördermaßnahmen wie der Deutsch-Offensive, den Projekten Deutsch 240 und WI.L.D, dem Fürther Modell zur Übergangsförderung sowie den Unterstützungsangeboten im Bereich Übergangsmangement Schule-Beruf.

Damit entsteht bei entsprechender Abstimmung aller Anbieter in Erlangen erstmals die Möglichkeit, zumindest für einen Teil der Kinder vom Eintritt in den Kindergarten über die Begleitung an ausgewählten Schulen bis zur Suche nach einem Ausbildungsplatz bei allen Übergängen kontinuierliche Unterstützungs- bzw. Förderangebote bereitzustellen.

Darüber hinaus ist das SPUTNIK-Projekt seit Jahren in zahlreichen Netzwerken aktiv bzw. selbstständig am Aufbau neuer Netzwerke interessiert. Regelmäßige Kontakte bzw. Treffen finden mit folgenden Einrichtungen/Institutionen statt:

Runder Tisch Spätaussiedler, Ausländer- und Integrationsbeirat, Bildungsoffensive, Stadtteilarbeitskreis Bruck, Jugendmigrationsdienst, Migrationserstberatung, Jugendamt, Agentur für Arbeit, GGFA, JAZ e.V., AAU, IHK und HWK, Träger von Bildungs- und Schulungsmaßnahmen.

Evaluation:

Eine externe Evaluation des SPUTNIK-Projekts konnte aus folgenden Gründen nicht erfolgen:

- fehlende finanzielle und personelle Ressourcen
- Datenschutzbestimmungen (keine Auskünfte bzw. Weitergabe von schulischen Leistungen betreuter Schülerinnen und Schüler mit Hinweis auf Datenschutz)

Vor diesem Hintergrund sind bei derzeitiger Sachlage nur interne Evaluationen möglich bzw. die Verwendung einzelner Bausteine aus anderen Projekten (z.B. Sprachstandsanalyse des Projekts WI.L.D). Die interne Evaluation für das Schuljahr 2008/09 ist auf breiter Basis kommuniziert worden und jederzeit einsehbar. Ein Ausbau der internen Evaluation für das Integrationsprogramm wird angestrebt.

Das Staatliche Schulamt wird in Zusammenarbeit mit den Schulen einen Notenvergleich der Teilnehmer an den Förderkursen zu Beginn und am Ende eines Schuljahres anonym durchführen. Eine weitere Einordnung geschieht durch einen kurzen Sozialbericht vom Klassenlehrer, ebenfalls anonym. Damit leistet das Staatliche Schulamt eine wichtige Hilfestellung bei der Evaluierung des Projektes bzw. eventueller Änderungen.

Gesamtgesellschaftlicher Nutzen:

- Förderung und Qualifizierung benachteiligter Jugendlicher senkt die Sozialausgaben/Jugendhilfeausgaben, stärkt den Wirtschaftsstandort und fördert die Integration
- Einsatz und Qualifizierung von mehrsprachigen Honorarkräften fördert deren Vermittlungschancen auf dem Arbeitsmarkt, wie Untersuchungen z.B. des Projektes Agabey-Abla aus Stuttgart gezeigt haben
- Verknüpfung mit Lehrerstudiengängen (DiDaZ) kann für Studierende und Honorarkräfte zu winwin-Situation führen (z.B. Weiterentwicklungen im Bereich Elternarbeit)

Baustein 2 / Bildungspaten

Ausgangslage

Übergänge in Ausbildung und Beruf haben sich verändert; sie sind heute unübersichtlicher, risikoreicher, weniger standardisiert. Es gibt stetig steigenden Anforderungen seitens der Betriebe an die Auszubildenden, die Jugendlichen müssen sich heute angesichts vieler Unvorhersehbarkeiten und Unübersichtlichkeiten intensiver orientieren. Hierzu bedarf es gerade bei benachteiligten Jugendlichen oftmals Unterstützung in einem Maß, das seitens der Eltern sowie der Schule und der Berufsberatung nicht geleistet werden kann.

- Ergänzende Angebote/Ansätze sind gefragt, die insbesondere eine individuelle Förderung der Jugendlichen ermöglichen (Berufsorientierung, Berufswahl sowie die Bewältigung von Bewerbungssituationen sind höchst individualisierte Prozesse, die sich kaum standardisieren lassen)
- Studien zeigen (Kruse, Ehlers 2006), dass gerade für schulschwache und gering qualifizierte Schüler eine Bildungspatenschaft ein geeigneter Ansatz für eine erfolgreiche Integration in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt ist. Dies deckt sich auch mit den im Rahmen des Projektes SPUTNIK gesammelten Erfahrungen.

Grundidee:

Ehrenamtliche, erwachsene Mentoren (Bildungspaten) begleiten jugendliche Mentees im Übergang von der Schule in den Beruf. Die Paten verstehen sich dabei als Wegbegleiter und Vertrauenspersonen, die ihr Wissen und ihre Erfahrungen an die Jugendlichen weitergeben.

- BildungspatInnen treten nicht in Konkurrenz zu anderen professionellen Angeboten, sondern stellen eine sinnvolle Ergänzung dieser dar; sie sind in Ergänzung zu den hauptamtlichen Kräften an der Schnittstelle Schule/Beruf tätig
- Sie gewährleisten eine zeitlich intensive Betreuung und Begleitung, die durch die Beratungsstellen und Schulen nicht geleistet werden kann
- Bildungspatenschaften sind ein ergänzendes, präventiv wirkendes Angebot und vermeiden aufwändigere und kostspieligere professionelle Maßnahmen
- Der informelle Charakter, die Beziehungsarbeit zwischen den Akteuren steht im Vordergrund
- Die Eins-zu-eins-Beziehung wird dem Individualitätsanspruch neuer Ansätze gerecht
- Möglichst „passgenaue“ Vermittlung von Bildungspaten (Matching)

Zielgruppe

Grundsätzlich richtet sich das Angebot an alle Jugendlichen ab der 8. Jahrgangsstufe vor und im Übergang Schule/Beruf (schulart- und herkunftsunabhängig). Zunächst werden vorrangig die Schüler aus den Hausaufgaben- und Nachhilfegruppen des Projektes in Patenschaften vermittelt, mittelfristig sollen die Jugendlichen zum Großteil unabhängig davon rekrutiert werden.

Da nicht alle Jugendlichen für diese Art der Förderung geeignet sind, werden eindeutige, klare Auswahlkriterien festgelegt, die für alle transparent und zugänglich sind.

Aufgaben der Bildungspaten

Allgemein: Ansprechpartner in allen Fragen rund um den Übergang Schule/Beruf; Wegbegleiter, Vertrauensperson auch in persönlichen Belangen

Aufgaben im Berufswahl-/Berufsorientierungsprozess:

- Motivation zur aktiven Zukunftsplanung
- Hilfe zur Selbsteinschätzung

- Hilfestellung bei der Sammlung und Auswertung von Informationen zu Berufen und Einstiegsvoraussetzungen
- Unterstützung bei der Entwicklung beruflicher Alternativen
- Hilfe bei der Praktikumsplatzsuche
- Begleitung des Jugendlichen zur Berufsberatung/Ämtern/Behörden bzw. Unterstützung bei der Herstellung von Kontakten zu Beratungsangeboten
- „Horizontenerweiterung“ bzgl. Berufswahl

Aufgaben im Bewerbungsprozess:

- Hilfe beim Erstellen von Bewerbungsunterlagen
- Unterstützung bei der Entwicklung einer persönlichen Bewerbungsstrategie
- Hilfe bei der Ausbildungsplatzsuche
- Vorbereitung auf Bewerbungsgespräche
- Angstabbau
- Hilfe beim Umgang mit Rückschlägen/Absagen
- Motivationsarbeit

Aufgaben während der Ausbildungszeit:

Vermeidung von Ausbildungsabbrüchen durch:

- Begleitung durch die Ausbildung
- Hilfestellung bei der Entwicklung der beruflichen Rolle des Auszubildenden
- Begleitung bei Konfliktgesprächen mit Vorgesetzten/Ausbildern/Lehrern
- ggf. Unterstützung bei der Suche nach Alternativen

Aufgaben in der Elternarbeit:

Bei erfolgreich verlaufenden Patenschaften werden die Paten häufig in die Familie des Jugendlichen „integriert“. Dieser Zugang zu den Eltern kann genutzt werden, um Informationen und Hilfestellungen an die Eltern weiterzugeben und sie zu einer aktiveren Rolle im Begleitungsprozess ihrer Kinder zu ermuntern.

Anforderungen an die Bildungspaten

Eine Bildungspatenschaft ist ein anspruchsvolles Ehrenamt, dementsprechend hoch sind auch die Anforderungen:

- langjährige Berufserfahrung
- Kenntnisse über Ausbildungs- und Arbeitsmarkt
- Freude am Umgang mit Jugendlichen, wertschätzende Grundhaltung
- stabile Persönlichkeit
- soziale Kompetenz
- pädagogischen Fähigkeiten/Grundkenntnisse
- Menschenkenntnis
- Reflexions- und Kritikfähigkeit
- Frustrationstoleranz/Fähigkeit mit Misserfolgen und Rückschlägen umzugehen
- Offenheit und Geduld
- Bereitschaft zu längerfristigen Bindungen

Akquise von Bildungspaten

Ausgehend von den Erfahrungen des Projektes SPUTNIK soll die Rekrutierung von Paten möglichst breit angelegt sein. Ziel ist es auch, möglichst viele Menschen mit eigener Migrationserfahrung als Paten zu gewinnen. Folgende öffentlichkeitswirksame Maßnahmen sind dabei vorgesehen:

- Vorstellen des Projektes bei der Freiwilligenbörse
- Vorstellen des Projektes beim „Runden Tisch Ehrenamt“
- Erstellen und Verteilen eines Flyers
- Bildungspatenaufruf auf der Projekt-Internetseite
- Einstellen des Projektes in die bundesweite Projektdatenbank der „aktion zusammen wachsen“
- Presseartikel mit Bildungspatenaufruf
- Anfrage nach Interessierten bei den Senioren- und Wohlfahrtsverbänden sowie bei den Kirchen
- Anfrage bei interkulturellen Vereinen
- Nutzen der sozialen Netzwerke der bereits aktiven Bildungspaten

Professionelle Steuerung/Begleitung

Die Einrichtung von bundesweit 7 Koordinierungsstellen des deutschlandweiten Bildungspatenprojekts „Aktion zusammenwachsen“ durch Staatsministerin Prof. Maria Böhmer sowie bisherige Untersuchungen laufender Patenschaftsprojekte (Ehlers, Kruse 2006) zeigen, dass Bildungspatenschaften um so erfolgreicher verlaufen, desto besser die Paten in ihrer Arbeit betreut werden. Schlecht implementierte Programme scheitern häufig, da ein hoher Zeitaufwand für professionelle Begleitung (Akquise der Paten, Matching-Prozess, Schulung der Paten, Erfahrungsaustausch, Supervision, Krisenintervention, etc.) notwendig ist. Dabei haben Recherchen anhand anderer Projekte ergeben, dass die Intensität der professionellen Begleitung in den einzelnen Projekten sehr stark variiert.

Angelehnt an die sehr guten Erfahrungen aus dem erfolgreich laufenden Bildungspatenprojekt in Fürth kann eine Betreuung von ca. 50 Paten mit rund 100 betreuten Jugendlichen durch eine Vollzeitstelle als realistisch angesehen werden. Der Anteil der Jugendlichen aus dem Nachhilfe- und Förderunterricht soll mittelfristig nicht mehr als 25 % betragen.

Weitere Bausteine der kontinuierlichen Begleitung und Betreuung durch Hauptamtliche sind:

Einbinden der Bildungspaten in ein Rahmenprogramm:

- Qualifizierung der Bildungspaten vor Beginn der Tätigkeit
- Fort- und Weiterbildung während der Tätigkeit
- Prozessbegleitung in Form von Supervision und gemeinsamer Erfahrungsaustausch
- Information über und Einbindung in bestehende Netzwerke

Einbinden der Jugendlichen in ein Rahmenprogramm:

- Regelmäßiger Erfahrungsaustausch (Rückmeldung über Verlauf der Patenschaften)
- Informationsveranstaltungen, Workshops, Besuche zu spezifischen Themen

Evaluation:

Die bisherige Dokumentation erfolgte über schriftliche Berichte über Verlauf, Ergebnisse und Probleme der Patenschaften. Weitere Möglichkeiten der detaillierten Selbstevaluation sind Fra-

gebögen, strukturierte Interviews und Erfahrungsberichte. Ein Schwerpunkt der Auswertung sollte auf der Mentoring-Beziehung zwischen Bildungspate und Schüler liegen (z.B. Erwartungen und Schwierigkeiten in der Begleitung, Veränderungen beim Jugendlichen).

Künftig sollen die Jugendlichen und ihre Bildungspaten nach Beendigung der Betreuung über einen Fragebogen Auskunft zum Verlauf und Ergebnis der Bildungspatenschaft geben.

Gesamtgesellschaftlicher Nutzen:

Patenschaften als Winwin-Situation: „Dialog der Generationen“:

Für die Bildungspaten:

- Einblick in Jugendgeneration
- Anerkennung durch die Jugendlichen, Freunde, Gemeinschaft
- Gefühl der gesellschaftlichen Teilhabe (Erfahrungen und Wissen der Mentoren werden gebraucht – oft im Gegensatz zu Entwicklungen in Unternehmen und Wirtschaft)
- Übernahme und Verantwortung für das Gemeinwesen

Für die Jugendlichen

- Durch die erlebte Unterstützung entsteht auch Identifikation mit meiner „Heimatstadt“
- Erfolgreiche Übergänge Schule Beruf haben Vorbildfunktion für Andere
- Anerkennung und Unterstützung von „Einheimischen“ fördert nachhaltig den Prozess der Integration

Hinweis:

Die Vorlage wurde von 13-4/S. Klein, T. Fichtner, S. Forr und T. Stark-Kantar erarbeitet und mit Bürgermeisterin Dr. Preuß, Bürgermeister Lohwasser, dem Lenkungskreis Integration (StRinnen Aßmus, Pfister, Rossiter, Winkler und den Vertretern des Ausländer- und Integrationsbeirats Hr. Ortega und Hr. Voevondas) und der schulpolitischen Sprecherin/Fr. StRin Graichen abgestimmt.

Stand: 23.12.2009

Referat **Amt**
 OBM 13-4 KSJ

Tel. Nr.:
 09131/86- 2375

TOP : Integrationsprojekt - Weichenstellung für die Nachfolge „Mir“ und "Sputnik"

Beratungsfolge	Termin	öff.	nöff.	Vorlagenart	Abstimmungsergebnis		
					einstimmig	für	gegen Prot.verm.
StR	29.10.2009	X		Beschluss	X	49	0

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

Zur Information:

Ende Mai 2010 endet nach insgesamt 6 Jahren die bislang 100%-ige finanzielle Förderung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge mit insgesamt rund 500.000,- € für die erfolgreichen Integrationsmaßnahmen für jugendliche und erwachsene Spätaussiedler der Projekte „MIR“ und „SPUTNIK“. Die Stadt Erlangen hat in diesem Zeitraum die Bereitstellung von zwei Arbeitsplätzen für die drei TZ-Mitarbeiter/innen als Eigenbeteiligung mit 40.000,- € p.J. geltend gemacht. Im Haushalt der Stadt Erlangen wurden bislang keine Finanzen für die Projekte MIR und SPUTNIK zur Verfügung gestellt.

In der Sitzung des Stadtrats am 24.9.09 wurde über drei mögliche Alternativen (EIF und Stadt) zur Fortsetzung informiert. Es bestand Einstimmigkeit innerhalb des Stadtrats über die Weiterführung und Weiterentwicklung dieser Integrationsmaßnahme in städtischer Regie.

1.

Die Stadt Erlangen sagt zu, die erfolgreichen Integrationsmaßnahmen der Projekte MIR und Sputnik ab 1.6.2010 in eigener Regie weiterzuführen und konzeptionell weiterzuentwickeln.

2.

Mit der konzeptionellen Weiterentwicklung auf der Basis der Erfahrungen und Erfolge der Projekte MIR und Sputnik und der Vernetzung mit den Projekten Deutsch-Offensive und Wi.L.D. wird die dafür zuständige Koordinationsstelle Integration, Sachgebiet 13-4 beauftragt. Die Erarbeitung (inhaltlich und personell) erfolgt gemeinsam mit Referat I/ Bildungsoffensive, dem Staatlichen Schulamt, dem Lenkungskreis Integration und dem Ausländer- und Integrationsbeirat.

Das künftige Integrationsprojekt wird im Rahmen der Umsetzung des Leitbildes Integration durchgeführt. Die Federführung obliegt BM 2.

3.

Das Sachgebiet 13-4 wird beauftragt, die (inhaltliche und personelle) Ausgestaltung des Konzepts dem Stadtrat im Januar zum Beschluss vorzulegen.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Im Rahmen der Umsetzung des Leitbildes Integration soll an die schulischen und berufsorientierten Erfolge aus den Projekten „MIR“ und „SPUTNIK“ angeknüpft und die Maßnahmen für die berufliche Integration von Kindern und Jugendlichen ausgebaut werden.

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die bereits initiierten Maßnahmen zur Förderung der schulischen und beruflichen Integration sollen für den Sekundarbereich und auch für die weiterführenden Schulen ausgebaut werden.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die bereits bestehenden Integrationsmaßnahmen (Deutsch-Offensive, SPUTNIK, Wi.L.D.-Projekt) werden konzeptionell weiterentwickelt.

4. Ressourcen (mit dem Haushalt 2010 zu beschließen)

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€ bei HHSt.
Sachkosten:	25.000,- € bei HHSt.
Personalkosten (brutto):	75.000,- € bei HHSt.
Folgekosten:	€ bei HHSt.
Korrespondierende Einnahmen	€ bei HHSt.
Weitere Ressourcen der Stadt Erlangen	

Haushaltsmittel sind im Budget **nicht vorhanden!**

Stellungnahme der Kämmerei

In Anbetracht der finanziellen Situation der Stadt – siehe hierzu auch die Einbringung des Haushaltsentwurfs 2010 in heutiger Sitzung - kann sich die Kämmerei nicht für eine Beibehaltung dieser freiwilligen Maßnahme im bisherigen Umfang aussprechen. Die Stadt ist finanziell nicht in der Lage, wegfallende Förderungen durch den Bund im vollem Umfang auszugleichen. Aus Sicht der Kämmerei sollten deshalb Möglichkeiten geprüft werden, die Maßnahme mit geringerem städtischen Finanzaufwand als beantragt fortzuführen.

Hinweis von 13-4: Es wurden alle Möglichkeiten geprüft, die Maßnahme ist nicht mit geringerem städtischen Finanzaufwand realisierbar.

III. Abstimmung

Beschluss des Stadtrates

mit 49 gegen 0 Stimmen

gez. Dr. Balleis

.....
Vorsitzende/r des

gez. Schmitt

.....
Berichterstatter/in

IV. Beschlusskontrolle

Datum	Gremium	Umsetzung
20.1.2010	HFPA/HH	Arbeitsprogramm

- V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift
- VI. Kopie an <Amt 13> zur Aufnahme in die Beschlussüberwachungsliste
- VII. Kopie an <Amt 13-4> zum Vorgang

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 01.12.2009

Antragsnr.: 303/2009

Verteiler: OBM, BM, Fraktionen

Zust. Referat: OBM/13/Hr. Schmitt

mit Referat: II/20/Hr. Sponsel

FDP-Stadratsfraktion • Rathausplatz 1 • 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis

Rathausplatz 1

91052 Erlangen



Stadträte:

Dr. Matthias Faigle; Vorsitzender

Dr. Elisabeth Preuß; Bürgermeisterin

Lars Kittel; stv. Vorsitzender

Dr. Jürgen Zeus

Geschäftsführung:

Christian Wolff

Erlangen, den 01. Dezember 2009

Betreff: Nachfolgeprogramm „SPUTNIK“

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir beantragen für das Jahr 2010 und die Folgejahre jeweils 100.000 Euro für das Nachfolgeprogramm von „SPUTNIK“.

Ein entsprechender Beschluss des Stadtrates wurde in der Oktober-Sitzung bereits gefasst.

Die benötigten Haushaltsmittel müssen jedoch noch beantragt und bereitgestellt werden.

Mit freundlichen Grüßen,

gez.

Dr. Matthias Faigle

Fraktionsvorsitzender

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 29.12.2009
Antragsnr.: 331/2009
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: OBM/ZV/Hr. Ternes
mit Referat: OBM/13/Hr. Schmitt

FDP-Stadtratsfraktion • Rathausplatz 1 • 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis
 Rathausplatz 1

91052 Erlangen



Stadträte:

Dr. Matthias Faigle; Vorsitzender

Dr. Elisabeth Preuß; Bürgermeisterin

Lars Kittel; stv. Vorsitzender

Dr. Jürgen Zeus

Geschäftsführung:

Christian Wolff

Erlangen, den 28. Dezember 2009

Betreff: Nachfolgeprogramm „SPUTNIK“ – Ergänzungsantrag zum Antrag 303/2009

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

im obigen genannten Antrag haben wir für das Jahr 2010 und die Folgejahre jeweils 100.000 Euro beantragt. Konkret werden im Jahr 2010 60.000,-€ und in den Folgejahren jeweils 100.000,- € benötigt. Sie sollen wie folgt verwendet werden:

1. Auswirkungen auf den Stellenplan

Wegfall der kw-Vermerke für die Planstellen 1304050 (T. Fichtner), 130 4060 (S. Forr) und 1304070 (T. Stark-Kantar) zum 31.05.2010.

2. Auswirkungen auf das Sachkostenbudget vom Amt 13:

Bedarf 2010: 17.000,- €

Bedarf ab 2011: 25.000,- € jährlich

Mit freundlichen Grüßen,

gez.

Dr. Matthias Faigle

Fraktionsvorsitzender

gez.

Lars Kittel

gez.

Jürgen Zeus

gez.

Dr. Elisabeth Preuß

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:

Verantwortliche/r:

Vorlagennummer:

Wein, Marco

112/007/2010

Änderung und Ergänzung des Stellenplanes; zurückgestellte Punkte aus der Sitzung HFPA 10.02.2010

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
----------------	--------	--------	-------------	------------

Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	17.02.2010	öffentlich	Gutachten	
---------------------------------------	------------	------------	-----------	--

Beteiligte Dienststellen

I. Antrag

siehe Anlage

II. Begründung

siehe Anlage

Anlagen: Stellenplanauszug

III. Abstimmung

siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Anlage Abstimmung zur Vorlage: 112/007/2010

Referat Amt
OBM/ZV OBM/ZV WPD

Tel. Nr.:
09131/86- 1601

**Änderung und Ergänzung des Stellenplanes;
zurückgestellte Punkte aus der Sitzung HFPA 10.02.2010**

Abstimmung:

Gutachten des Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 17.02.2010
mit gegen Stimmen.

.....
Vorsitzender

.....
Berichterstatter

OBM/ZV/112/CMB T. 1642

Erlangen, Februar 2010

Änderung und Ergänzung des Stellenplanes 2010

**Zurückgestellte Punkte aus der Sitzung des HFPA
am 10./11.02.2010**

Für die Sitzung des HFPA am 17.02.2010

Referat Zentrale Verwaltung

Ternes

Änderung und Ergänzung des Stellenplanes 2010

2 Liste A Fachausschüsse neue Planstellen und Stelleneinzüge (einschl. Funktionsänderungen, Sperrungen, Entsperrungen und kw-Vermerke)

In der Liste A Fachausschüsse sind alle Stellenanträge erfasst, die von der Verwaltung für gerechtfertigt angesehen werden sowie alle Fraktionsanträge. Stellenhebungen sind in Liste B enthalten. Die Positionen sind nach Fachausschüssen gegliedert und innerhalb dieser nach Ämtern. Stellenumschichtungen von einem Amt in ein anderes wurden dem künftigen Amt zugeordnet. Falls die Personalkosten bereits in den entsprechenden Amtbudgets angesetzt sind, wurden keine Beträge in der Spalte Personalkosten eingetragen. Die zusätzlich erforderlichen Personalkosten sind im Haushaltsjahr 2010 bei Bedarf in die Amtbudgets einzustellen.

Anträge die bereits in der *grünen Verwaltungsvorlage* enthalten waren, sind hier ohne Bemerkung einbezogen worden.

Anträge der Verwaltung und Beschlüsse im Vorgriff, die zusätzlich zur ursprünglichen grünen Verwaltungsvorlage aufgenommen wurden, besitzen den Vermerk "neu" und sind mit **!** gekennzeichnet.

Fraktionsanträge wurden als "Fraktionsantrag..." und mit **☞** gekennzeichnet.

Stellen, die bereits durch HFPA- oder Stadtratsbeschluss geschaffen, geändert oder ge- oder entsperrt wurden, sind mit "nachrichtlich" gekennzeichnet.

Die Angaben und Abkürzungen zu Funktion und Wert der beantragten Stellen richten sich nach dem Stellenplan.

PISt = Planstellen-Nummer

Zw = Zuwachs an neuen Planstellen

EA = Einzug von Planstellen

Personalkosten = zusätzliche jährliche Personalkosten (auf der Basis der von Amt 11 ermittelten Durchschnittskosten für die Stadtverwaltung, gerundet auf volle Hundert €); sie entfallen bei kostenneutralen Maßnahmen (z.B. infolge gleichzeitiger Einzüge). Für das Jahr 2010 werden weitestgehend nur die Jahreskosten für ein halbes Jahr angesetzt, da die Besetzung der Planstelle erst im Laufe des Jahres erfolgt.

kw = künftig wegfallend

s = Sperrung



2.1 **Nachrichtlich: Bereits durch den Stadtrat beschlossene/zu streichende Stellen bzw von OBM/ZV durchgeführte Funktionsänderungen**

...

2.2 **Stelleneinzüge**

...

2.3 Stellenneuschaffungen, Funktionsänderungen, kw-Vermerke, s-Sperrungen bzw. –Entsperrungen

Nr.	Ref/ Amt/PISt	Zw/EZ.	Funktion/Aufgabe/ Thema	Wert	Anteilige Personal- kosten 2010 €	Gesamt- Jahres- kosten ab 2011 €	Begründung	Gutach- ten HFGA 10.02.10	Gutach- ten HFGA 17.02.10	Beschluss Stadtrat 25.02.10
HFGA										
Amt 13										
 22/30	Fraktions- antrag FDP OBM 13		Nachfolgepro- gramm Sputnik		43.000	79.000	<u>Wegfall kw-Vermerke bei den Planstellen 1304050, 1304060 und 1304070 in Höhe von 1,5 Planstellen- volumen</u>	vertagt		
Neu 	OBM 13...		Nachfolgepro- gramm Sputnik		-43.000	-79.000	<u>Vorschlag KGSt-Gutachten (13.7, Nr. 39)</u> Projekt soll nicht über das Ende der Zuschussge- währung hinaus mit eigenen Mitteln weiter geführt wer- den.	vertagt		

Sitzungsvorlage Mittelbereitstellung

Geschäftszeichen:
VI/242-1/LHB-2325

Verantwortliche/r:

Vorlagennummer:
242/017/2010

Mittelbereitstellung für Haushaltsstelle Nr. 252.402; Museumswinkel Bauteil B Erdgeschoss, Um- und Ausbaumaßnahmen für das Medizinische Archiv

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	04.02.2010	öffentlich	Beschluss	verwiesen
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	17.02.2010	öffentlich	Gutachten	
Stadtrat	25.02.2010	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen

Die Zustimmung zu Mittelbereitstellung wird erteilt / ~~nicht erteilt!~~ gez. Beugel

.....
Unterschrift Referat II

I. Antrag

Die Mittelbereitstellung wurde bereits im BWA am 01.12.09 mit 6: 5 Stimmen begutachtet und im HPFA am 02.12.09 mit 8 : 5 Stimmen beschlossen. Wegen der hohen Kostensumme ist noch ein Stadtratsbeschluss notwendig.

Die Verwaltung beantragt nachfolgende über-/außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln: Erhöhung der Aufwendungen/Auszahlungen um

IP-Nr. 252.402 Um- und Ausbaumaßnahmen, Bauteil B, Med. Archiv (MuWi)	Kostenstelle 920651	Produkt 252/Nichtwissenschaftliches Museum, Sammlungen	VE 2010: 500.000€ VE 2011: 2.250.000€ für Sachkonto 034202 Sachkonto [
Die Deckung erfolgt durch Einsparung/Mehreinnahme			
IP-Nr. 541.800 ICE-Trasse, Baukostenzuschüsse	Kostenstelle 660090	in Höhe von Produkt 541/Gemeindestraßen	2.500.000 € bei Sachkonto 017702
IP-Nr. [541.S20 Goethe- und Heuwaagstr., Ausbau	Kostenstelle 660090	und in Höhe von Produkt 541/Gemeindestraßen	250.000 € bei Sachkonto 048502

II. Begründung

1. Ressourcen

Zur Durchführung des Leistungsangebots/der Maßnahme sind nachfolgende Investitions-, Sach- und/oder Personalmittel notwendig:

Für den Verwendungszweck stehen im Sachkostenbudget (Ansatz) zur Verfügung - €

Im Investitionsbereich stehen dem Fachbereich zur Verfügung (Ansatz)

2009:

	250.000 €
	2010:
	2.500.000 €
	2011:
	250.000 €
Es stehen Haushaltsreste zur Verfügung in Höhe von	- €
Bisherige Mittelbereitstellungen für den gleichen Zweck sind bereits erfolgt in Höhe von	- €
Summe der bereits vorhandenen Mittel	- €
Gesamt-Ausgabebedarf (inkl. beantragter Mittelbereitstellung)	3.000.000 €

Die Mittel werden benötigt auf Dauer
 einmalig von _____ bis _____

Nachrichtlich:

Verfügbare Mittel im Budget zum Zeitpunkt der Antragstellung €

Das Sachkonto ist nicht dem Sachkostenbudget zugeordnet.

Verfügbare Mittel im Deckungskreis €

Die IP-Nummer ist keinem Budget bzw. Deckungskreis zugeordnet.

2. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Einbau eines Medizinischen Archivs im Museumswinkel, Bauteil B, Erdgeschoss mit angenommenen Kosten von 3.000.000 €. Im Nachtragshaushalt 2009 wurden bereits 250.000 € zur Verfügung gestellt (für Bauteil B).

3. Programme/Produkte/Leistungen/Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Der Nachtrag zum Schenkungsvertrag mit der Firma Siemens wurde im Jahr 2009 unterzeichnet. Zur Absicherung der vertraglichen Auswirkungen (Baumaßnahmen) ist die Verpflichtungsermächtigung erforderlich.

4. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme/Leistungsangebote erbracht werden?)

Projektsteuerung der Baumaßnahmen durch GME, Sachgebiet Bauunterhalt unter Mitarbeit von Sachgebiet Betriebstechnik. Vergabe der Architektenleistungen und Haustechnischen Ingenieurleistungen an externe Büros.,

III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Stadtrat am 04.02.2010

Protokollvermerk:

Die Angelegenheit wird auf Antrag von Frau StRin Wirth-Hücking an die Haushaltsberatungen verwiesen (einstimmig).

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Anlage Abstimmung zur Vorlage: 242/017/2010

Referat Amt
VI 24 GSH

Tel. Nr.:
09131/86- 2871

Mittelbereitstellung für Haushaltsstelle Nr. 252.402; Museumswinkel Bauteil B Erdgeschoss, Um- und Ausbaumaßnahmen für das Medizinische Archiv

Abstimmung:

Beschluss des Stadtrat am 04.02.2010
vertagt

.....
Vorsitzender Berichterstatter

Gutachten des Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 17.02.2010
mit gegen Stimmen.

.....
Vorsitzender Berichterstatter

Beschluss des Stadtrat am 25.02.2010
mit gegen Stimmen.

.....
Vorsitzender Berichterstatter

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
IV/413/BSH-1416

Verantwortliche/r:
Herr Beck

Vorlagennummer:
413/003/2010

Erforderliche Brandschutzmaßnahmen zur weiteren Nutzung des gesamten Gebäudes "Erba-Villa"; Fraktionsantrag 004/2010 der SPD

Beratungsfolge	Termin	Status	Vorlagenart	Abstimmung
Kultur- und Freizeitausschuss	27.01.2010	öffentlich	Gutachten	verwiesen
Jugendhilfeausschuss	28.01.2010	öffentlich	Kenntnisnahme	zur Kenntnis genommen
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	17.02.2010	öffentlich	Gutachten	
Stadtrat	25.02.2010	öffentlich	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen
GME

I. Antrag

- Dem Vorschlag der Verwaltung, die Nutzbarkeit des gesamten Gebäudes „Erba-Villa“ in 4 Stufen langfristig wiederherzustellen, wird zugestimmt.
Die Verwaltung wird beauftragt, im Jahr 2010 die Stufe 1, Nutzarmachung des Erdgeschosses zu realisieren, vorbehaltlich der Mittelbereitstellung von 170.000,- € in den Investitionshaushalt 2010.
- Der Fraktionsantrag 004/2010 der SPD ist damit bearbeitet.

II. Begründung

Um eine weitere Nutzung der „Erba-Villa“ rechtlich zu ermöglichen, ist die Umsetzung von Brandschutzmaßnahmen und statischen Ertüchtigungen erforderlich. Die Kosten einer Generalsanierung werden vom Gebäudemanagement mit 1,6 Mio. € veranschlagt. Da das Jugendamt einen Auszug seiner Einrichtungen aus dem Gebäude noch in diesem Jahr anstrebt, sah der bisherige Vorschlag der Verwaltung vor, die erforderlichen Brandschutzmaßnahmen und statischen Ertüchtigungen nur für den Bürgertreff im Erdgeschoss zu realisieren. Eine Nutzung der oberen Geschosse wäre bis zur Generalsanierung des gesamten Gebäudes nicht mehr möglich gewesen.

In Abstimmung mit dem Gebäudemanagement wird nun stattdessen folgende Alternative vorgeschlagen:

Angesichts der finanziellen Situation der Stadt Erlangen wird nicht die Generalsanierung vorgeschlagen, sondern eine Reduzierung auf das absolut Notwendige, um das Haus weiterhin nutzen zu können.

In vier Stufen sollen ausschließlich die dafür erforderlichen Brandschutzmaßnahmen und statischen Ertüchtigungen geschossweise umgesetzt werden. Schlussendlich können so alle drei Geschosse des Gebäudes wieder genutzt werden.

Während die Nutzarmachung des Erdgeschosses in 2010 erforderlich ist, um den Fortbestand des Bürgertreffs sicherzustellen, müssen die weiteren Maßnahmen zur Nutzung der oberen Geschosse nicht zwingend im direkten Anschluss umgesetzt werden.

Der Förderverein und weitere Gruppen und Vereine in der „Villa“ haben bereits durch ihren

bisherigen Einsatz für den Erhalt der „Villa“ ihre hohe Bereitschaft verdeutlicht, durch ehrenamtliches Engagement zu einer spürbaren Kostenreduzierung beizutragen. Sie sind dazu bereit, durch tatkräftige Mithilfe bei den Baumaßnahmen die Kosten zu reduzieren. Darüber hinaus will der Förderverein sich aktiv dafür einsetzen, Spenden und Sponsorenleistungen zu akquirieren. Das Kultur- und Freizeitamt und das Gebäudemanagement werden sie bei der Mitwirkung an den Baumaßnahmen und beim Fundraising bestmöglich unterstützen und bei den anstehenden Maßnahmen eng einbeziehen.

Stufe 1 / Nutzbarmachung des Erdgeschosses im Jahr 2010

Kosten ca. 170.000,- €

Stufe 1 entspricht dem bisherigen Vorschlag, das Erdgeschoss so herzurichten, dass der Betrieb des Bürgertreffs fortgeführt werden kann.

Es ist davon auszugehen, dass sich die Kosten durch die angekündigte, tatkräftige ehrenamtliche Mithilfe des Fördervereins und weiterer Gruppen und Vereine in der „Villa“ bei den anstehenden Arbeiten der Stufe 1 in jedem Fall reduzieren. Denkbar ist die Mitwirkung Ehrenamtlicher bei den Abbrucharbeiten, den Putz- und Malerarbeiten und z.B. bei den Bodenbelagsarbeiten.

Eine Reduzierung der Kosten durch Absenkung des Standards für Brandschutz und Statik, wie vom Förderverein angeregt, wurde vom Gebäudemanagement geprüft und als nicht umsetzbar eingestuft.

Stufe 2 / Dachsanierung in den Jahren 2011 / 2012

Kosten 2011 ca. 140.000,- € für Dachdeckung und Statik,

Kosten 2012 ca. 25.000,- € für Dämmung.

Die Sanierung des Daches ist in den nächsten Jahren erforderlich, um die Nutzung des Hauses zu gewährleisten und die Gebäudesubstanz zu erhalten.

Stufe 3 / Nutzbarmachung 1. Obergeschoss im Jahr 201X

Kosten ca. 140.000,- €

Die Realisierung der Stufe 3 kann warten, bis ein dringender Nutzungsbedarf gesehen wird.

Stufe 4 / Nutzbarmachung Dachgeschoss im Jahr 201X

Kosten ca. 50.000,- €

Die Realisierung der Stufe 4 kann warten, bis ein dringender Nutzungsbedarf gesehen wird.

Gesamtkosten

Die Gesamtkosten für die Nutzbarmachung aller drei Geschosse belaufen sich auf 525.000,- €

1. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:

Stufe 1	170.000,- €
Stufe 2	165.000,- €
Stufe 3	140.000,- €
Stufe 4	50.000,- €

III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Kultur- und Freizeitausschuss am 27.01.2010

Protokollvermerk:

Auf Antrag der CSU-Fraktion wird die Vorlage zur Begutachtung in den HFPA-HH am 10.02.2010 verwiesen. Die dazwischen liegenden Beratungsfolgen (JHA und BWA) bleiben bestehen.

mit 13 gegen 0 Stimmen

Gez. Aßmus

gez. Dr. Rossmeissl

.....

.....

Vorsitzende/r

Berichterstatter/in

Beratung im Gremium: Jugendhilfeausschuss am 28.01.2010

1. Dem Vorschlag der Verwaltung, die Nutzbarkeit des gesamten Gebäudes „Erba-Villa“ in 4 Stufen langfristig wiederherzustellen, wird zugestimmt.
Die Verwaltung wird beauftragt, im Jahr 2010 die Stufe 1, Nutzbarmachung des Erdgeschosses zu realisieren, vorbehaltlich der Mittelbereitstellung von 170.000,- € in den Investitionshaushalt 2010.
2. Der Fraktionsantrag 004/2010 der SPD ist damit bearbeitet.

gez. Aßmus
Vorsitzende/r

gez. Dr. Rossmeissl
Berichterstatter/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Anlage Abstimmung zur Vorlage: 413/003/2010

Referat Amt
IV 413 BSH

Tel. Nr.:
09131/86- 1416

Erforderliche Brandschutzmaßnahmen zur weiteren Nutzung des gesamten Gebäudes "Erba-Villa"; Fraktionsantrag 004/2010 der SPD

Abstimmung:

Gutachten des Kultur- und Freizeitausschuss am 27.01.2010
mit gegen Stimmen.

.....
Vorsitzender

.....
Berichterstatter

Kenntnisnahme des Jugendhilfeausschuss am 28.01.2010
mit gegen Stimmen.

.....
Vorsitzender

.....
Berichterstatter

Gutachten des Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 17.02.2010
mit gegen Stimmen.

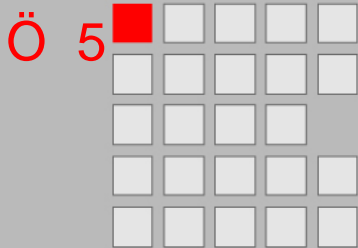
.....
Vorsitzender

.....
Berichterstatter

Beschluss des Stadtrat am 25.02.2010
mit gegen Stimmen.

.....
Vorsitzender

.....
Berichterstatter



Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO

Eingang: 19.01.2010
Antragsnr.: 004/2010
Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat: VI/24
mit Referat: IV/41, IV/413/Hr. Beck

**SPD Fraktion
im Stadtrat Erlangen**

Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Geschäftsstelle im Rathaus,
1. Stock, Zimmer 105 und 105a
Telefon 09131 862225
Telefax 09131 862181
e-Mail spd@erlangen.de
www.spd-fraktion-erlangen.de

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Siegfried Balleis
Rathaus

91052 Erlangen

„Die Villa“ als Bürgertreff erhalten

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Förderverein „Die Villa und Angertreff“ hat Ihnen und dem Stadtrat im vergangenen Jahr eine Unterschriftenliste übergeben, mit der er und viele BürgerInnen ein Zeichen setzen wollten für den Erhalt des Bürgertreffs „Die Villa“.

Nun gingen den Fraktionen mit dem Brief vom 12.01.10 Vorschläge zur Rettung der Villa ein.

Der Förderverein unterbreitet in seinem Brief Möglichkeiten, wie durch Eigeninitiative und alternative Ideen, die Kosten für eine Sanierung der Villa reduziert werden können.

Hiermit beantragen wir, die Vorschläge des Fördervereins gemeinsam mit Mitgliedern des Vereins und der Verwaltung zu prüfen, um die Benutzbarkeit der Villa wieder herzustellen und die Villa als Bürgertreff zu erhalten.

Ergebnisse sollten im Haushaltsausschuss des KFA vorliegen.

Mit freundlichen Grüßen

Florian Janik
Fraktionsvorsitzender

Birgit Hartwig
Sprecherin für Jugend, Familie
und Freizeit

Ursula Lanig
Sprecherin für
Kultur

Gisela Niclas
Sprecherin für Soziales

Robert Thaler
Planungssprecher

f.d.R. Saskia Coerlin
Geschäftsführerin der SPD-Fraktion

Datum
19.01.2010

AnsprechpartnerIn
Saskia Coerlin

Durchwahl
09131 862225

Seite
1 von 1

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente	
Einladung -öffentlich-	1
Vorlagendokumente	
TOP Ö 2 Kommunales Integrationsprojekt (Nachfolge SPUTNIK)	
Beschluss Stand HFPA 10.02.2010 13/001/2010	2
Anlage Abstimmung 13/001/2010	4
Konzept für ein kommunales Integrationsprogramm (Nachfolge SPUTNIK)	5
Beschluss des Stadtrates vom 29.10.2009 - Integrationsprojekt - Weiche	13
Antrag Nr. 303/2009 der FDP-Fraktion vom 01.12.2009 13/001/2010	16
Antrag Nr. 331/2009 der FDP-Fraktion vom 29.12.2009 13/001/2010	17
TOP Ö 3 Änderung und Ergänzung des Stellenplanes	
Beschlussvorlage 112/007/2010	18
Anlage Abstimmung 112/007/2010	19
Stellenplanauszug 112/007/2010	20
TOP Ö 4 Mittelbereitstellung für Haushaltsstelle Nr. 252.402	
Beschluss Mittelbereitstellung 242/017/2010	23
Anlage Abstimmung 242/017/2010	25
TOP Ö 5 Erforderliche Brandschutzmaßnahmen zur weiteren Nutzung des gesamten Ge	
Beschluss 413/003/2010	26
Anlage Abstimmung 413/003/2010	29
Fraktionsantrag Nr. 004/2010 der SPD-Fraktion 413/003/2010	30
Inhaltsverzeichnis	31